



Tempelhof-Schöneberg kann mehr.

Wir in Tempelhof-Schöneberg

Kommunalpolitisches Programm
2006 - 2011



Kommunalpolitik erfüllt eine wichtige Funktion im Zusammenleben von Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt. Dennoch werden die Aufgaben und Leistungen von Bezirksstadträten und -stadträtinnen sowie der Bezirksverordneten oft unterschätzt oder nicht ausreichend wahrgenommen.

Berlin braucht aktive und motivierte Bürgerinnen und Bürger, die auch bereit sind, ihre Gemeinschaft zu tragen. Wir verstehen es als Aufgabe der politischen Parteien, auch außerhalb von Wahlen mit der Bevölkerung im Kontakt zu sein, Meinungen und Strömungen aufzunehmen, mit unseren Positionen abzustimmen und daraus politische Entscheidungen abzuleiten.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört die Aufstellung des Bezirkshaushaltes, der für den kommunalen Bereich noch einen gewissen Gestaltungsspielraum bietet. Neue Initiativen auf bezirklicher Ebene gehen in

der Regel nicht von der Verwaltung, sondern von den politisch verantwortlichen Stadträten und Bezirksverordneten aus. Veränderungen im Alltag der Bezirke sind nur mit den politisch verantwortlichen Bezirksparlamentariern denkbar.

Ein weiterer wichtiger Aufgabenbereich der Kommunalpolitik ist die Kontrolle der Bezirksverwaltung. Hier ist das Haupttätigkeitsfeld der Bezirksverordneten, die in Kleinarbeit vielen Bürgern bei ihren alltäglichen Problemen mit der Verwaltung weiterhelfen. Ohne diese Kontrollfunktionen würde Verwaltungshandeln deutlich an Bürgernähe verlieren. Bürgerinnen und Bürger finden in den Bezirksverordneten ihre Ansprechpartner, damit bürgernahe Verwaltung tatsächlich verwirklicht wird.

Tempelhof-Schöneberg – ein Bezirk mit vielen Gesichtern – ist das Ergebnis der Bezirksgebietsreform im Jahr 2000. Heimatgefühl und Identität existieren bei uns auf der Ebene der Ortsteile. Die Menschen

fühlen sich unverändert als Tempelhofer, Schöneberger, Lichtenrader oder Friedenauer. Dieses Heimatgefühl wollen wir mit unserer Arbeit stärken.

Die auf den nächsten Seiten folgenden Aussagen sind die Leitlinien unseres Handelns im Bezirk. Dabei haben wir folgende Schwerpunkte für die nächsten Jahre gesetzt:

I. Wohnen und Arbeiten zwischen Stadt- rand und KaDeWe Seiten 3-7

II. Verkehr, Pulsschlag einer Metropole .
..... Seiten 8-9

III. Bildung, Erziehung und Familie sind der Schlüssel zum Erfolg Seiten 10-16

IV. Gesundes Leben und soziales Miteinander in unserem Bezirk Seiten 17-21

V. Bürgerfreundliches Tempelhof-Schöneberg Seiten 22-25

Wir wollen mit Ihnen eine Politik verwirklichen, die sich am Gemeinwohl, der Vernunft und dem politisch Möglichen orientiert. Luftschlösser sind mit der CDU im Bezirk nicht zu realisieren. Deshalb bitten wir Sie am 17.9.2006 um Ihre Stimme.

Lassen Sie uns gemeinsam Bürokratie abbauen und Verwaltungshandeln nachvollziehbarer machen. Wir wollen Ihnen mehr und nicht weniger Verantwortung zutrauen und unserem Bezirk ein Erscheinungsbild geben, bei dem sich alle wohl fühlen können. Die Entscheidung zwischen einem „Weiter so wie bisher“ und zukunftsorientierten Strukturen liegt in Ihrer Hand.

Treffen Sie Ihre Wahl!



Der Wohnort und seine Umgebung sind wichtige Bezugspunkte in unserem Leben. In unserem Bezirk werden die unterschiedlichsten Wohnbedürfnisse befriedigt, denn die Bezirksfusion hat ein buntes Miteinander von sozialem Wohnungsbau, alten Dorfkernen, geschlossener Gründerzeitbebauung, Nachkriegssiedlungen und Stadterneuerungsgebieten sowie ausgedehnten Industriezonen geschaffen. Aufgabe einer ausgewogenen, vorausschauenden und nachhaltigen Stadtplanung ist es, Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen in den verschiedenen Kiezen des Bezirkes eine Heimat zu bieten.

Bisher haben die Ortsteile trotz der Bezirksfusion ihren eigenen Charakter behalten bzw. entwickelt. Diese Entwicklung zu stärken ist Ziel der CDU. In der Vergangenheit fand dieser Ansatz in Initiativen seinen Ausdruck, die sich mit der Gestaltung des Breslauer Platzes und der Stabilisierung des Wohngebietes um den Dürerplatz beschäftigten. Der Erhalt der Einkaufsstraßen im Bezirk sowie die Wiederbelebung der Potsdamer Straße/Hauptstraße/Rheinstraße waren und bleiben Ziele der CDU.

Aufbauend auf den Erfolgen der Vergangenheit wollen wir im Bezirk folgende Ziele realisieren:

- Ein- und Zweifamilienhäuser genießen immer noch eine große Nachfrage in Berlin. Wir halten deshalb zusätzliche Einfamilienhausgebiete mit dem Angebot bezahlbarer Grundstückspreise auf nicht mehr benötigten Industriebrachen in geeigneten Bezirksbereichen für zweckmäßig.

- Regelmäßige Gespräche des Bezirksamtes mit den Wohnungsbaugesellschaften sollen mit dem Ziel stattfinden, durch vernünftige Vermietungspolitik im sozialen Wohnungsbau soziale oder ethnische Problembereiche zu vermeiden. Dies trifft insbesondere für die Schöneberger Problemkiese, Teile des Ortsteils Tempelhof sowie die Großsiedlungen in Lichtenrade und Marienfelde zu. Eine negative Entwicklung wie im Pallasäum an der Potsdamer Straße lässt sich durch eine aktive Bezirkspolitik verhindern.
- Öffentliche Gebäude, Straßen und Grünanlagen können aufgrund fehlenden Geldes nur unzureichend instand gehalten werden. Die CDU wird sich deshalb für die Abschaffung von sämtlichen Instandhaltungs Sonderprogrammen des Senats einsetzen, um dadurch frei werdende Mittel der baulichen Unterhaltung der Bezirke zweckgebunden zur Verfügung zu stellen. Die Verantwortung für einen zielgerichteten Einsatz des Geldes würde damit ausschließlich bei der Politik vor Ort liegen.
- Die Verwahrlosung durch Schmierereien und mutwillige Zerstörung an öffentlichen und privaten Gebäuden muss ein Ende finden. Die auf Druck der CDU erfolgte Gesetzesänderung greift nur bei striktem Gesetzesvollzug und einer entsprechenden Verfolgung der Straftäter. Bis zu diesem Zeitpunkt werden wir darauf achten, dass Schmierereien an öffentlichen Gebäuden schnellstens beseitigt werden.
- Denkmalschutzauflagen sind kritisch zu überprüfen.

- Öffentliche Kinderspielplätze sind im Bezirk oftmals in einem maroden Zustand. Deshalb wird die CDU in den nächsten Jahren einen finanziellen Schwerpunkt setzen, um die vorhandenen Spielplätze sicherer zu machen und sauber zu halten. Bei neuen Spielplätzen ist die Zusammenarbeit der öffentlichen Hand mit engagierten Anwohnerinnen und Anwohnern zu prüfen.
- Neue Grünanlagen sind auf absehbare Zeit weder finanzierbar noch zu unterhalten. Wir wollen die vorhandenen Mittel auf die Instandhaltung der bestehenden Parks und Grünanlagen konzentrieren, damit die Wohnqualität der Innenstadt erhalten bleibt. Die Gestaltung von Mittelstreifen und anderem Straßengrün ist unter den Aspekten von Stadtbildpflege, günstigem Unterhalt und Sauberkeit vorzunehmen.
- Wir wollen private Initiativen zur Erhaltung und Pflege von Grünanlagen künftig stärker fördern.
- Wir befürworten eine weitgehende Sicherung der vorhandenen Kleingartenkolonien im Bezirk, die insbesondere für junge Familien und Senioren einen hohen Freizeitwert haben.
- Bezirkliche Wirtschaftspolitik ist in erster Linie Standortpolitik. Hierfür wollen wir ein Leerstandskataster aufstellen und eine investorenfreundliche Politik zur Ansiedlung von Wirtschaftsbetrieben anregen.
- Das Rückgrat des bezirklichen Handels ist der Mittelstand. Damit die Einkaufsstraßen auch künftig eine Chance haben, müssen wir deren Attraktivität steigern. Zusätzliche Einzelhandelsflächen auf In-

dustriestandorten oder in Entwicklungsbereichen sind nur dann zuzulassen, wenn sie die Struktur der Einkaufsstraßen nicht gefährden.

- Die Organisation von Märkten ist nicht zwingend staatliche Aufgabe. Die Privatisierung der Märkte war in anderen Bezirken sowohl aus finanzieller Sicht als auch hinsichtlich der Angebotsvielfalt erfolgreich. Diesem Beispiel wollen wir folgen.

Für die einzelnen Ortsteile wollen wir folgendes erreichen:

1. Ortsteil Schöneberg

Im Ortsteil Schöneberg hat sich in einigen Bereichen in den letzten 15 Jahren eine schwierige Sozialstruktur entwickelt. Das Quartiersmanagement hat geringfügige Verbesserungen gebracht, aber keine nachhaltige Trendwende erreicht. Die Bereiche westlich der Martin-Luther-Straße bis zur Bezirksgrenze nach Charlottenburg/Wilmersdorf haben dagegen seit dem Jahr 2000 eine deutliche Stabilisierung als bürgerliches Wohngebiet erlebt. Hieran gilt es anzuschließen und auch den nordöstlichen Bereich Schönebergs wieder als Wohngebiet attraktiv zu machen. Entscheidend dazu beitragen soll hier die Wiederbelebung der Achse Potsdamer Straße/Hauptstraße zwischen Potsdamer Platz und Innsbrucker Platz. Die CDU wird sich deshalb in den nächsten Jahren für folgende Entwicklungen stark machen:

- Die Wiederbelebung der Potsdamer Straße/Hauptstraße als Geschäftsstraße hat weiterhin oberste Priorität. Ausgehend vom Potsdamer Platz sind erste Erfolge zu

erkennen. Für die Zukunft benötigen wir deshalb:

- Hinweise auf touristische Anziehungspunkte entlang des Straßenzuges, z.B. Königskolonnaden und Kammergericht, Rathaus Schöneberg, die alte Dorfkirche und das Riasgebäude eröffnen die Chance, dass mehr Berlintouristen die Kaufkraft im Gebiet und damit den Einzelhandel stärken
- die Wiederbelebung des ehemaligen Schöneberger Prälaten durch eine Nutzung, die dem neuen Leitbild einer pulserenden Einkaufsstraße entspricht
- den Erhalt des Kaufhauses und des Einzelhandelsschwerpunktes am Kaiser-Wilhelm-Platz und den angrenzenden Straßen
- den Wegfall des Quartiersmanagements in bisheriger Form.

Die vorhandenen Finanzmittel in mehrfacher Millionenhöhe sind einerseits zielgerichtet in die bauliche Verbesserung der Potsdamer Straße und Hauptstraße (verbesserte Bürgersteige, mehr Grün usw.) zu investieren und andererseits für Integrationsmaßnahmen zur Verbesserung des Bildungsniveaus der Bewohner zu verwenden.

- Am Sachsenamm ist in den letzten vier Jahren ein neues Zentrum für Einzelhandel entstanden. Mit der Fertigstellung des Bahnhofs Südkreuz im Mai 2006 wird sich dieser Prozess noch verstärken. Die CDU will deshalb eine ausgewogene Mischung von Gewerbe, Sport und Freizeitaktivitäten im Umfeld des Bahnhofs Papestraße und auf der „Schöneberger Linse“ erreichen. Gleichzeitig muss künftig auch die Möglichkeit zum Überqueren des Sachsenamms für Fußgänger verbessert werden.

- Auf dem Gelände des Gleisdreiecks soll für den Norden Schönebergs sowie die Ortsteile Tiergarten und Kreuzberg der seit Jahrzehnten angekündigte Stadtpark entstehen.

2. Ortsteil Friedenau

Friedenau gehört zu den attraktivsten Wohnlagen in der Berliner Innenstadt. Dies gilt es auch künftig zu sichern. Die Aufwertung des Walther-Schreiber-Platzes ist aktuell zu beobachten. Mit dem Neubau auf dem Standort des ehemaligen Hertie-Kaufhauses und der Sanierung des Ebbinghaus-Gebäudes werden deutliche Zeichen gesetzt, die auch den Einzelhandel in der Rheinstraße beleben helfen. Dies war ein Erfolg der konsequent investitionsfreundlichen Politik der CDU, wobei auch immer die Belange der betroffenen Anwohner berücksichtigt wurden. So wurde beispielsweise die vorgesehene Anzahl der Parkplätze auf Wunsch der Anwohner beim Neubau auf dem Gelände des ehemaligen Hertie-Kaufhauses verringert, um den Verkehr einzuschränken. In den nächsten Jahren wollen wir uns für folgende Maßnahmen in Friedenau einsetzen:

- Der Breslauer Platz soll wieder schöner werden. Deshalb müssen zunächst bei den knappen finanziellen Ressourcen einfache und praktikable Lösungen verwirklicht werden. Wir wollen deshalb:
 - eine bessere Reinigung nach den Markttagen
 - mehr Grün durch Pflanzung von Bäumen am Platzrand
 - die Rückverlegung der Bushaltestelle vor den Pavillon
 - die Entfernung überflüssiger Schilder und Poller auf dem Platz und vor dem Rat-

haus. Über diese und weitere Vorschläge, z.B. der Rheinstraßeninitiative e.V. zum Breslauer Platz, wollen wir eine breite Diskussion mit den Anwohnern und Geschäftsleuten Friedenaus führen und sie an den Entscheidungen beteiligen.

- Der Dürerplatz soll zur städtebaulichen Aufwertung des Dürerviertels zu einem attraktiven Stadtplatz umgebaut werden.
- Der Lärm der Stadtautobahn ist durch geeignete Maßnahmen, z.B. Lärmschutzwände, für die Anwohner zu vermindern. Die Wohnqualität der betroffenen Straßen wird damit erhöht.
- Alle Maßnahmen zur Stärkung der Haupt- und Rheinstraße als Einkaufsstraße werden von der CDU unterstützt. Wir wollen dabei mit dem ansässigen Einzelhandel alle Themen – angefangen bei einer kostenfreien Kurzparkzone (Brötchentaste) bis hin zur Einrichtung eines Runden Tisches zur Stärkung des Einzelhandels – diskutieren.



Der Viktoria-Luise-Platz – einer der schönsten Plätze Berlins

3. Ortsteil Tempelhof

In den letzten vier Jahren hat der Tempelhofer Damm als Einkaufsstraße zunehmend an Bedeutung verloren. Die CDU will deshalb neben dem Karstadt-Kaufhaus zusätzliche Einzelhandelsschwerpunkte schaffen, um den Tempelhofer Damm überregional aufzuwerten. Entscheidende Standorte sind:

- das Gebiet des Tempelhofer Hafens als Anziehungspunkt und Zentrum für Kultur, Einzelhandel und Erlebnis sowie
- das Parkplatzgelände neben dem Rathaus Tempelhof als Rathauspassage mit Einkaufsmöglichkeiten.

Weitere Schwerpunkte für die Entwicklung im Ortsteil Tempelhof sind:

- Stärkung der nördlichen Manfred-von-Richthofen-Straße als regionale Einkaufsstraße
- Neuordnung der Industrieflächen an der Germania- und Oberlandstraße mit dem Ziel der Ansiedlung von Gewerbe oder kommerziellen Sport- und Freizeitanlagen
- Schutz der Anwohner vor den Folgen des deutlich steigenden Verkehrsaufkommens mit der Inbetriebnahme des neuen Fernbahnhofs Südkreuz.

4. Südlicher Bezirksteil

Die Ortsteile Mariendorf, Marienfelde und Lichtenrade gehören zu den bevorzugten Wohnlagen im Bezirk. Dies gilt es sowohl für Mietwohnungen als auch für die Einfa-

I. Wohnen und Arbeiten zwischen Stadtrand und KaDeWe

milienhausgebiete in bisheriger Struktur zu sichern. Gleichzeitig zeichnet sich immer stärker ab, dass die großen, oft völlig ungenutzten Industrieflächen nicht mehr durch produzierendes Gewerbe wiederbelebt werden können. Hierfür sind neue Nutzungskonzepte zu entwickeln, die nicht ausschließlich in großflächigen Einkaufsmärkten bestehen. Ein großer Erfolg der letzten Jahre war die Freigabe des Freizeitparks Marienfelde für die Bevölkerung. Für die künftige Wahlperiode wollen wir Folgendes erreichen:

Mariendorf

- dauerhafte Sicherung der Kleingartenanlagen entlang der Rixdorfer Straße
- planungsrechtliche Ausweisung nicht mehr benötigter Industriebrachen als Siedlungsflächen für Einfamilienhäuser
- das Gasag-Gelände an der Großbeerstraße dauerhaft als Gewerbegebiet entwickeln. Hierfür müssen Investoren mit



Lebensqualität im Bezirk – Volkspark Mariendorf

unterschiedlicher Ausrichtung gewonnen werden.

Marienfelde

- die Sicherung des Industriestandortes an der Buckower Chaussee/Motzener Straße. Das aktive Engagement des Bezirkes für diesen Standort sowie die positive Imagekampagne der Eigentümer ist modellhaft in Berlin. Wir wollen dieses Konzept auch für andere Industriestandorte im südlichen Bezirksteil nutzen.
- Erweiterung von Einfamilienhausgebieten auf nicht mehr benötigten Industrieflächen. Hierfür müssen die planungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Lichtenrade

- Stärkung der gemeinsamen Landesplanung mit Brandenburg bei Grün- und Umweltmaßnahmen, z.B. Ausdehnung des Landschaftsparks Hoher Fläming auf Teile von Lichtenrade
- Einrichtung eines zusätzlichen Schwerpunkts an der Straße Alt-Lichtenrade südlich der Groß-Ziethener Straße mit kleinteiligem Einzelhandel und Kunstgewerbe unter dem Motto: „Neues Leben in alten Dorfkernen“
- Erhaltung und Stärkung der Bahnhofstraße als regionales Einkaufs- und Gewerbezentrum. Die Straße ist zugleich Lichtenrades Herz und Begegnungsstätte, die mit ihrem identitätsstiftenden Charakter auch in der Zukunft erhalten und gestärkt werden muss.

II. Verkehr, Pulsschlag einer Metropole

Städtische Zentren sind ohne öffentlichen und individuellen Verkehr undenkbar. Die Versorgung der Stadt, die Konzentration von Arbeitsplätzen und die hohe Anzahl von Menschen auf engem Raum verursachen Verkehr in unterschiedlichster Art. Ziel unserer Verkehrspolitik ist der Kompromiss zwischen dem Anspruch nach einem ruhigen Wohnumfeld, dem Wunsch nach Mobilität und den Erfordernissen moderner Wirtschaftsstrukturen. Die Fertigstellung des neuen Bahnhofes Südkreuz wird die bezirkliche Verkehrspolitik prägen. Daneben werden viele Einzelfragen sowie die Zukunft des Flughafens Tempelhof und die Problematik um die Dresdener Bahn gelöst werden müssen.

1. Flughafen Tempelhof

In den letzten 5 Jahren haben wir die vorzeitige Schließung des Flughafens Tempelhof zusammen mit der Bürgerinitiative ICAT verhindern können. Wir werden uns auch weiterhin für die Offenhaltung des Flughafens Tempelhof einsetzen.

Unabhängig davon benötigen wir:

- ein auf Dauer angelegtes verkehrspolitisches Konzept für die weitere Nutzung Tempelhofs im

Verbund der drei Berliner Flughäfen

- die konsequente Vermietung der Flächen des Flughafengebäudes, um die Defizite aus der Gebäudebewirtschaftung zu verringern.

2. Dresdener Bahn

Der Ausbau der Dresdener Bahn ist die wichtigste Ausbaumaßnahme im südlichen Berliner Eisenbahnnetz. Nach bisheriger Bahnplanung durchschneidet die neue Trasse den ganzen Ortsteil Lichtenrade in ebenerdiger Bauweise bei gleichzeitig völlig unzureichenden Umweltschutzmaßnahmen. Dies ist für die Lichtenrader unzumutbar. Wir setzen uns deshalb gemeinsam mit der Bürgerinitiative „Dresdener Bahn“ weiter dafür ein, dass

- der Tunnel für die Bahntrasse in Lichten-



Spitzenkandidat Friedbert Pflüger und Kreisvorsitzender Nicolas Zimmer bei einer Diskussion mit der BI Dresdener Bahn

II. Verkehr, Pulsschlag einer Metropole

rade errichtet wird

- endlich eine Zusage des Landes Berlins zur Finanzierung der Mehrkosten gegeben wird
- auf der gesamten Strecke ein umfassender Erschütterungs- und Lärmschutz für Lichtenrade und Marienfelde sichergestellt wird
- Fördermittel aus der Europäischen Union für das Projekt beantragt und auch tatsächlich abgerufen werden.

3. Weitere Ziele sind:

- Der Ausbau der B 96 in Lichtenrade ist zwingend notwendig, um eine vernünftige Verkehrsanbindung nach Brandenburg herzustellen. Nach Auffassung der CDU sind die Ausbauten auf Berliner Seite schnell und zügig bei größtmöglichem Schutz der betroffenen Anwohner vorzunehmen.
- Um die Schadstoffbelastungen zu vermindern und einen zügigen Verkehrsfluss zu gewährleisten ist die Schaltung der Ampelanlagen auf allen Hauptverkehrsstraßen zu optimieren.
- „Park and Ride“-Parkplätze an Verkehrsknotenpunkten des Nahverkehrs helfen, den Kfz-Verkehr zu vermindern. Die CDU fordert deshalb den Bau von P+R-Parkplätzen an den S-Bahnhöfen Mahlow und Blankenfelde als sinnvolles und verkehrsentlastendes Angebot für Pendler aus dem Umland sowie die Schaffung eines Bahnhofs Mahlow-Nord als Bestandteil des Tarifgebiets AB mit ent-

sprechenden P+R-Plätzen. Das ist Aufgabe der gemeinsamen Landesplanung mit Brandenburg.

- Der Neubau des S-Bahnhofs Kolonnenstraße durch die deutsche Bahn ist bis 2007 zügig zu realisieren.
- Bei zukünftigen Busliniennetzänderungen der BVG müssen die Anliegerinteressen gewahrt bleiben.
- Soweit dies finanziell vertretbar ist, müssen die S-Bahnhöfe Yorckstraße/Großgörschenstraße behindertengerecht umgebaut werden. Wir fordern die bessere Anbindung des östlichen S-Bahnhofs an den gleichnamigen U-Bahnhof.
- Wohngebiete mit Tempo-30-Zonen müssen durch Konzentration des Verkehrs auf den Sammelstraßen geschützt werden.
- In enger Absprache mit den Gewerbebetrieben und der Polizei sollen vermehrt Ladezonen für LKW mit zeitlich begrenzten Lieferzeiten ausgewiesen werden.
- Die Parkraumbewirtschaftung ist auf Gebiete zu begrenzen, die einer derartigen Regelung bedürfen.
- Beim Um- oder Ausbau von Straßen ist der Fahrradverkehr zu berücksichtigen.

III. Bildung, Erziehung und Familie sind der Schlüssel zum Erfolg

1. Schule

Unsere Gesellschaft muss auf die Bewältigung der Zukunftsaufgaben vorbereitet sein. Die fundamentalen Voraussetzungen dazu leisten Elternhaus und Schule. Sich wandelnde Strukturen in den Familien lassen die Aufgaben der Schule immer mehr in den Vordergrund treten. In der Schulzeit müssen alle Fähigkeiten und Fertigkeiten der Schüler herausgearbeitet und gefördert werden. Solides Grundwissen, modernes Fachwissen und vor allem die Fähigkeit zum ständigen selbsttätigen Weiterlernen müssen so gründlich vermittelt werden, dass die Absolventen der Schule sich anschließend den gesellschaftlichen Anforderungen gewachsen zeigen. Auch Tugenden wie Disziplin und Ordnung sollen künftig in unseren Schulen wieder eine verstärkte Rolle spielen.

Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache müssen schon vor dem Beginn der Grundschule befähigt werden, die deutsche Sprache so gut zu beherrschen, dass sie sich angemessen verständigen können. Auch die Sprachkenntnisse vieler deutschsprachiger Kinder müssen dringend verbessert werden. Nur so können sie den Anforderungen in der Schule entsprechen und behindern nicht den Unterricht.

Zur Realisierung dieser Ziele sieht die CDU folgende Notwendigkeiten:

- Die Kooperationsfähigkeit mit anderen und die Vermittlung von stabilen gesellschaftlichen Werten haben bei den schulischen Zielen eine zentrale Bedeutung.

Deshalb muss auf die Pflege eines friedlichen Schulklimas, das für das gemeinsame Leben und Lernen förderlich ist, in jeder Schule intensiv geachtet werden.

- Gewalt und Drogen haben an unseren Schulen nichts zu suchen und müssen konsequent bekämpft werden. Die CDU unterstützt deshalb jede Schule in ihrem Bestreben, die Vermittlung von Werten und Verhaltensregeln zu intensivieren und Projekte zur Vermeidung von Gewalt an Schulen zu fördern.
- Wir fordern die Einführung eines Wahlpflichtfaches Religion/Ethik.
- Deutsch als Sprache auf den Schulhöfen und im Schulgebäude muss an Schulen in unserem Bezirk wieder zum Normalfall werden. Wir wollen die Schulen ermuntern und politisch dabei unterstützen, ihre Schulordnungen gemeinsam mit Eltern, Schülern und Lehrern dementsprechend zu verändern. Je vielfältiger die Kulturen an den Schulen sind, desto wichtiger ist eine für alle verbindliche Sprache.
- Wir wollen, dass auch im Bezirk Tempelhof-Schöneberg alle Maßnahmen zur konsequenten Durchsetzung der Schulpflicht einschließlich des Erlasses von Ordnungsgeldbescheiden konsequent durchgesetzt werden.

- Im Interesse der ganzheitlichen Aufgabe von Bildung und Erziehung ist eine stärkere Zusammenarbeit von Lehrern, Schülern und Eltern anzuregen.

- Die Verbesserung der Arbeit in den schulischen Gremien und die intensive Einbeziehung von Elterninitiativen und Fördervereinen in die Arbeit der Schulen sind zu fördern. Ohne das Engagement der Eltern und anderer Freunde der jeweiligen Schule wären viele Aktivitäten dort nicht möglich.
- Wir fordern den Ausbau von grundständigen Gymnasien ab der 5. Klasse, damit die Wünsche der Eltern nach individuellen Förderungsmöglichkeiten für ihre Kinder besser berücksichtigt werden können.
- Ein vielfältiges Fremdsprachenangebot ist sicherzustellen.
- Die im Bezirk existierenden Privatschulen als Angebotsalternative zum staatlichen Schulsystem sind zu stärken. Wir fordern deshalb, dass die Kürzung der Fördermittel für die Privatschulen zurückgenommen wird.
- Wir setzen uns ein für den Erhalt des im Bezirk sehr differenzierten Schulangebotes mit unterschiedlichen Profilen und Ausrichtungen. Die CDU begrüßt und fördert ausdrücklich die Verschiedenheit unserer Schulen, denn nur so können wir den individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen unserer Kinder gerecht werden und eine möglichst optimale Förderung der Schüler erreichen. Eine Einheitsschule, wie sie von Teilen der SPD und anderen linken Gruppierungen gefordert wird, lehnen wir entschieden ab, weil sie den Bedürfnissen der Schüler nicht entspricht.
- Behinderte Kinder müssen die bestmögliche Förderung im jeweils angemessenen

schulischen Rahmen erhalten. In den letzten Jahren wurden hierzu eine Vielzahl von Integrationsplätzen in den Regelklassen der Grund- und Oberschulen geschaffen. Die Ausstattung an den Sonderschulen will die CDU systematisch verbessern.

Die Einrichtung von Grundschulen mit Ganztagsbetrieb ist im Bezirk Tempelhof-Schöneberg durch die konsequent verfolgte CDU-Schulpolitik flächendeckend realisiert worden. Der Bezirk ist in der Umsetzung dieser Maßnahmen führend in Berlin. An vielen Grundschulen wurden umfangreiche Umbauten und Neubauten durchgeführt. Neue Formen der Kooperation mit einer Vielzahl von freien Trägern wurden realisiert und die Erzieherinnen und Erzieher aus den bisherigen Horteinrichtungen arbeiten inzwischen unter dem Dach der jeweiligen Schule erfolgreich in der Betreuung der Schüler außerhalb des Unterrichts.

Im Rahmen des Ganztagschulprogramms der Grundschulen konnten in letzter Zeit eine Reihe von Baumaßnahmen verwirklicht werden. Auch der Neubau der Carl-Zeiss-Oberschule und die Sanierung des Schulzentrums der Schwielowsee-Grundschule sind inzwischen vorangeschritten. Diese Ergebnisse konsequenter CDU-Politik sind ein großer Erfolg für den Bezirk.

Dafür werden wir uns in den nächsten Jahren einsetzen:

- Das Erziehungs- und Betreuungsangebot der Grundschulen muss verbessert werden, damit eine Mischung aus Förderung leistungsschwacher Schüler einerseits und attraktivem Freizeitangebot andererseits entsteht.

erseits entsteht.

- Wir streben die Ausweitung des Betreuungsangebots auch auf die Oberschulen an. Dafür benötigen die Bezirke zusätzliches Geld vom Senat.
- Schon ab der ersten Klasse soll der Deutschförderunterricht verstärkt durchgeführt werden. Schüler, die die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschen, müssen noch mehr als bisher gefördert werden. Dafür muss der Senat den Schulen mehr Lehrer zur Verfügung stellen. Sprachdefizite von Schülern der 1. und 2. Klasse müssen so schnell wie möglich beseitigt oder zumindest verringert werden. Dies kann nur mit zusätzlichen Stunden neben dem regulären Unterricht umgesetzt werden.

- Damit Schulen ein langfristiges Raumkonzept erstellen können, sollen ihnen Räume, die durch sinkende Schülerzahlen frei werden, weiterhin zur Verfügung stehen.
- Der hohe Reparaturbedarf der Schulen im Bezirk muss durch eine deutliche Mittelverstärkung für den baulichen Unterhalt vom Senat gedeckt werden. Insbesondere Schultoiletten, Sporthallen und Fachräume befinden sich häufig in einem Zustand, der mit bezirklichen Finanzmitteln allein nicht wesentlich verbessert werden kann. Der bauliche Zustand der Schulen und damit die Arbeits- und Auf-

enthaltsbedingungen von Schülern und Lehrern müssen dringend verbessert werden.

- Die mediale Ausstattung der Schulen ist fortlaufend zu modernisieren.
- Die aktive Kooperation mit Ausbildungseinrichtungen soll gefördert werden.



Wichtiger Schulneubau – die Carl-Zeiss-Schule

2. Kultur und Bildung

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg mit seinen unterschiedlich geprägten Ortsteilen zeichnet sich durch eine breite Vielfalt des kulturellen Angebots aus. Dieses spannende, attraktive und vielfältige Kulturleben will die CDU für die Bürgerinnen und Bürger aus allen Schichten der Gesellschaft erhalten.

Vernetzung, Kooperationen, Zusammenschlüsse sind die Schlüsselwörter für vorhandene Einrichtungen und neue Projekte. Damit wird es auch zukünftig möglich sein, trotz knapper Geldmittel im bezirklichen

Kulturretat eine effektive Arbeit zu leisten, denn Finanznot darf nicht zum Ausbluten der Kulturlandschaft führen.

Ein neuer Weg ist beim Betrieb der Thomas-Dehler-Bibliothek beschränkt worden: Die CDU hat erreicht, dass durch Zusammenarbeit von Verwaltungspersonal und ehrenamtlich arbeitenden Mitgliedern einer Bürgerinitiative der Fortbestand der Einrichtung gesichert ist. Dieses Modell hat inzwischen Vorbildcharakter in Berlin. In Zeiten knappen Geldes kann nur durch bürgerschaftliches Engagement Sinnvolles bewahrt und weiterentwickelt werden.

Für die nächsten Jahre sehen wir folgende Aufgaben:

- Das Absenken des Medienetats im Bezirkshaushalt ist auch künftig zu verhindern, damit der Medienbestand der Bibliotheken hinreichend erneuert und auf dem bisherigen hohen Niveau gehalten werden kann. Wir werden uns weiterhin aktiv dafür einsetzen mittels Sponsoring und Patenschaften die Situation der Bibliotheken und sonstiger Bildungseinrichtungen deutlich zu verbessern.
- Barrierefreie Zugänge für die Theodor-Heuss-Mittelpunktbibliothek in Schöneberg und andere kulturelle Einrichtungen im Bezirk sind zu erhalten bzw. zu schaffen, damit allen Bürgerinnen und Bürgern der Besuch einer Bibliothek möglich ist. Die CDU wird darauf achten, dass diese Maßnahmen in die bezirkliche Investitionsplanung aufgenommen werden.
- Der Büchereibus soll erhalten bleiben, damit in Tempelhof-Schöneberg auch

künftig noch flächendeckend Bücher ausgeliehen werden können.

- Mittelfristig ist eine Bücherei im Bezirksteil Mariendorf einzurichten, damit die dortige Unterversorgung behoben wird.

In einer sich schnell verändernden Welt ist die Forderung nach lebenslangem Lernen immer häufiger zu hören. Die Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg trägt mit ihrem vielfältigen Angebot dem Rechnung, z.B. durch

- Lehrgänge für den 2. Bildungsweg
- Mütterkurse zur Erlangung von Kenntnissen der deutschen Sprache bei Menschen nichtdeutscher Herkunft.

Die CDU setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass die Mischung aus allgemeinbildenden und berufsbezogenen Kursen sowie Angeboten zur kreativen Freizeitgestaltung an der Volkshochschule erhalten bleibt. Bei wachsendem Spardruck wird die CDU den Kursen mit allgemeinbildenden oder berufsbezogenen Inhalten den Vorrang geben.

Die CDU hat in der Vergangenheit die erfolgreichen Bemühungen der Volkshochschule um eine Zertifizierung ihrer Leistungen unterstützt. Die Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg gehört bundesweit zu den ersten Einrichtungen ihrer Art, deren Angebotsqualität anerkannt und dokumentiert wurde.

Die CDU setzt sich auch künftig dafür ein:

- Die Raumsituation der Volkshochschule soll verbessert werden und die Musikschule im Ortsteil Tempelhof ein eigenes Haus erhalten.

- Die knappen Mittel des Kulturretats müssen so effektiv wie möglich eingesetzt werden. Wir unterstützen deshalb alle Kooperationen und Vernetzungen von bezirklichen Einrichtungen, z.B.
 - die Zusammenarbeit des Nachbarschaftsheims NUSZ in der Ufa-Fabrik mit der Grundschule auf dem Tempelhofer Feld in Neu-Tempelhof
 - den neuen museumspädagogischen Ansatz in der Jugendarbeit des Schöneberger und Tempelhofer Museums
 - die Zusammenarbeit der Musikschulen mit den Grundschulen im Rahmen der Ganztagsbetreuung an den Schulen
 - die Zusammenarbeit des Hauses am Kleistpark mit der Universität der Künste.

Kultur und Bildung sind integrationsfördernde Elemente in einer Gesellschaft. Sie bieten Ausdrucksmöglichkeiten zur Darstellung der eigenen Identität und Herkunft für Männer und Frauen aus verschiedenen Ländern, Gesellschaftsschichten, Religionen und Altersstufen.

Für die nächsten Jahre sehen wir deshalb folgende Aufgaben:

- Die Arbeit der Jugendkunstschule in der Speyerer Straße ist unterstützen.
- Wir setzen uns für den Erhalt des Kulturlustgartens und des Rocktreffs ein.
- Den in Tempelhof begründeten „Frauenmärz“ wollen wir als wichtige Kulturveranstaltung für den gesamten Bezirk erhalten.
- Wichtige Kultureinrichtungen im Kiez, z.B. das „Kleine Theater am Südwest-

korso“, das Puppentheater „Hans Wurst Nachfahren“ oder die „Ufa-Fabrik“ dürfen aus der Berliner Kulturförderung nicht herausfallen.

- Auch künftig ist das Kunsthaus am Kleistpark zu fördern, dessen Aktivitäten regional und überregional hohe kulturelle Bedeutung haben. Ein sehr wichtiges Projekt ist in diesem Zusammenhang die Errichtung der Intervallausstellung im Rathaus Schöneberg über jüdische Nachbarn im Bezirk Schöneberg als Teil eines Gesamtkonzeptes der Erinnerungskultur in unserem Bezirk. Für die Erinnerungskultur ist es wichtig, durch Ausstellungen, Erinnerungstafeln oder „Stolpersteine“ auf die wechselhafte Geschichte im Bezirk hinzuweisen und so zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit beizutragen.

3. Familie und Jugend

Gegenseitiger Respekt, Toleranz gegenüber Andersdenkenden, die Fähigkeit, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, das Erkennen der eigenen Grenzen – dafür werden die Grundlagen während Kindheit und Jugend in der Familie gelegt. Deshalb kommt der Förderung von Familien und jungen Menschen eine hohe Bedeutung zu. Bei der Organisation von Kinderbetreuung außerhalb der Familie lässt sich die CDU von der Erkenntnis leiten, dass die Träger der freien Wohlfahrtspflege, Kirchen, Religionsgemeinschaften und Selbsthilfegruppen wertvolle und wesentliche Beiträge leisten. Die Arbeit dieser Institutionen und Organisationen kann nicht durch staatliches Handeln ersetzt werden. Bislang

konnten bereits über 60% der staatlichen Kindertagesstätten, das sind rund 3500 Plätze, durch beharrlichen Druck der CDU in freie Trägerschaft überführt werden. Die CDU will die Kindertagesstätten und Pflegestellen als Bildungseinrichtungen stärken und die im Schulgesetz genannten Forderungen in die Realität umsetzen. Die Förderung der Entwicklung der Kinder und Jugendlichen bezüglich ihrer motorischen und kognitiven Fähigkeiten, des altersgerechten Sozialverhaltens, der Schulreife und ihrer Persönlichkeit ist nur unter einem veränderten Bildungsbegriff wirksam möglich. In diese Arbeit sollten die Eltern stärker einbezogen werden. Beispiele dafür sind im Early Excellent Centre in der Kindertagesstätte Steinmetzstraße, im Nachbarschaftsheim Schöneberg und im NUSZ in der Ufa-Fabrik zu finden.

Die Forderungen der CDU lauten deshalb:

- Alle Kindertagesstätten sind an freie Träger zu übertragen, damit ein vielfältiges Angebot an Kindertagesstättenplätzen, abgestimmt auf die Fähigkeiten und Neigungen der Kinder, zur Verfügung steht.
- Die Tagespflegestellen sind zu erhalten und auszubauen. Sie sollten in den Stand versetzt werden, sich in besonderem Maße um Kinder zu kümmern, die einer besonderen und intensiven Betreuung bedürfen.
- Ein hohes Maß an Flexibilität hinsichtlich der Betreuungszeiten ist nötig. Auch allein erziehende Mütter und Väter mit langen und ungünstigen Arbeitszeiten haben Anspruch darauf, ihre Kinder in guter Obhut zu wissen. Ziel der CDU ist

es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf endlich Realität werden zu lassen.

- Das Personal ist durch Fortbildung und Zertifizierung weiter zu qualifizieren, wie es bei den Pflegestellen bereits praktiziert wird.
- Bildungsstandards in Kindertagesstätten sind um konkrete fachliche Inhalte und zeitliche Vorgaben zu erweitern.
- Die Vorbereitung auf die Elternschaft und der Umgang mit Problemen in der frühkindlichen Phase ist mit Kursangeboten zur Kindererziehung und Sprachförderung zu erleichtern („Schule für Eltern“).

Die CDU fordert für die Bereiche der Jugendfreizeitbetreuung:

- Alle Jugendfreizeiteinrichtungen sollen in freie Trägerschaft übergehen. Die Jugendlichen sollen – mit Unterstützung professioneller Kräfte – Aufgaben der Selbstverwaltung ihrer Freizeiteinrichtung übernehmen. So lernen sie, in ihrem Umfeld verantwortlich mit den knappen finanziellen Mitteln und der Ausstattung umzugehen.
- Jugendfreizeitheime sollen durch Zusammenarbeit mehrerer freier Träger ihre Fähigkeiten und Angebote bündeln. So können Kosten gespart werden und zugleich das Angebot für die Jugendlichen erweitert werden. Ein Beispiel ist die Zusammenarbeit der Ambulanten Hilfe Berlin mit der Evangelischen Kirche in der John-Locke-Siedlung.
- Ein Teil der freigewordenen Mittel aufgrund der Nichtweiterfinanzierung des

Drugstore in der Pallasstraße soll den verbleibenden Jugendfreizeiteinrichtungen unseres Bezirkes zugute kommen.

- Die Mädchenarbeit – insbesondere in Wohnlagen mit hohem Migrantenanteil – muss intensiviert werden. Mädchen aus Elternhäusern mit muslimischem Hintergrund sollen in ihrem Wunsch, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, gestärkt werden.
- Die Ferienbetreuung in Kooperation mit den freien Trägern soll verstärkt werden. Wie bisher sollen in bezirkseigenen Erholungseinrichtungen – z.B. Schwanenwerder und Haus am Sandwerder – Kinder und Jugendliche Erholung finden. Dieses Angebot soll jedoch durch bezirksübergreifende Zusammenarbeit mit anderen Jugendämtern und Übernahme nicht ausgeschöpfter Kontingente erweitert werden.
- Die Zusammenarbeit zwischen Jugendbetreuung und Schulen soll verbessert werden. In Anbetracht der großen Zahl von verhaltensauffälligen, zum Teil sogar gewaltbereiten Kindern und Jugendlichen will die CDU, dass die Sozialpädagogen und Mitarbeiter des sozialpsychiatrischen Dienstes einen Teil ihrer Arbeit an den Schulen unseres Bezirks leisten. Sie sollen auf kurzem Wege Konflikte zwischen Schülern, Schule, Eltern lösen helfen, aber auch bei Familienkonflikten behilflich sein. Bereits erfolgreich laufende ähnliche Modelle, z.B. im St.-Joseph-Krankenhaus, müssen gesichert werden.
- Die Finanzierung aller Jugendhilfeaktivitäten soll auf die sieben Sozialräume des Bezirkes aufgeteilt werden. Die Sozi-

alräume entsprechen im Wesentlichen den Ortsteilen. Das Geld soll unter der Verantwortung des jeweiligen Sozialraumbeauftragten stehen, welcher der Bezirksverordnetenversammlung rechenschaftspflichtig ist. Damit steigt die Transparenz von Einnahmen und Ausgaben und jeder Sozialraum kann eigene Schwerpunkte entsprechend seiner Problemlagen setzen.

- Alle Angebote der Jugendförderung müssen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft werden.

Im Bezirk gibt es über 160 Spiel- und Bolzplätze für Kinder und Jugendliche aller Altersstufen. Ihre Errichtung, Ausstattung und Pflege ist arbeits- und kostenintensiv. Die Plätze sollen in vollem Umfang erhalten und bespielbar bleiben.

- Spielplatzpatenschaften und Spielplatzbetreuer auf ehrenamtlicher Basis sowie die Einrichtung von Schließdiensten sollen geschaffen werden. Ziel ist es, dass jeder Platz im Bezirk betreut wird.

Die CDU unterstützt darüber hinaus alle Einrichtungen und Initiativen, welche junge Menschen zu sinnvollen, kreativen Freizeitgestaltungen anleiten. Dazu gehören die Jugendtheater im Bezirk, private Tonstudios, die Übungsräume für junge Musiker zur Verfügung stellen, die Jugendfeuerwehr, das Technische Hilfswerk und vieles andere mehr. Um den Finanzhaushalt des Jugendamtes zu Gunsten dieser inhaltlichen Arbeit zu entlasten, wollen wir teure und ineffektive Mietobjekte des Jugendamtes abbauen und die Nutzung bezirkseigener Häuser und Grundstücke vorantreiben.

1. Gesundheit

Unsere immer älter werdende Gesellschaft stellt die sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik Deutschland vor große Herausforderungen. Betroffen sind hiervon – neben der gesetzlichen Rentenversicherung – vor allem die gesetzliche Krankenversicherung und die Pflegeversicherung. Obwohl dies in den Zuständigkeitsbereich des Bundesgesetzgebers fällt, muss auch für Berlin und für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg gelten, dass die Leistungen der modernen Medizin allen Menschen zugänglich bleiben – unabhängig von Alter, Geschlecht und Einkommen. Für die CDU steht daher eine flächendeckende, wohnortnahe medizinische und pflegerische Versorgung der Bevölkerung in Tempelhof-Schöneberg ganz oben auf der gesundheitspolitischen Agenda.



Unverzichtbarer Krankenhausstandort – das AVK in der Rubensstraße

Medizinische Versorgung

Tempelhof-Schöneberg verfügt insgesamt über ein solides gesundheitliches Versorgungsnetz an niedergelassenen Ärzten, Krankenhäusern und öffentlichem Gesundheitswesen. Dieses Versorgungsnetz muss aufrechterhalten und ggf. ausgebaut werden, wobei der Grundsatz gilt: Qualität statt Quantität!

Die CDU Tempelhof-Schöneberg setzt sich dafür ein:

- Die gute stationäre Versorgung durch die beiden Vivantes-Krankenhäuser des Bezirks (Wenckebachkrankenhaus und Auguste-Viktoria-Klinikum) soll erhalten bleiben. Da sich beide Kliniken nicht mehr in bezirklicher Verwaltung befinden, setzen wir uns im Krankenhausbei-

rat dafür ein, dass die Rettungsstellen und die Notfallversorgung für den Bezirk erhalten bleiben.

- Das Kinderkrankenhaus im St.-Joseph-Krankenhaus muss im Ortsteil Tempelhof verbleiben. Die Investitionen, die für den Ausbau getätigt wurden, müssen unserer Bevölkerung zugute kommen.
- Im Falle der Pflegebedürftigkeit sollen unsere Senioren durch den Einsatz des öffentlichen Sozialdienstes auch weiterhin gut betreut werden, damit sie so lange wie möglich in ihrem vertrauten Umfeld verbleiben können. Dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ wird auf diese Weise auch im Bereich der Pflege Rechnung getragen.

Prävention und Gesundheitsförderung

Die gesundheitliche Vorsorge muss in Zukunft eine noch größere Bedeutung erlangen als bisher. Die Aufgabe eines jeden Gesundheitssystems soll es sein, sich zunächst auf die Vermeidung von Krankheit zu konzentrieren. Gesundheitliche Aufklärung muss nach unserer Überzeugung bereits im frühen Kindesalter einsetzen. Gesundheitserziehung muss ein fester Bestandteil der Bildung in Kindertagesstätten und Schulen sein. Damit soll schon früh vermittelt werden, wie gesunde Ernährung, die Vermeidung von Rauschmitteln und Drogen, ausreichende körperliche Bewegung und Sport sich auf den späteren Gesundheitszustand auswirken.

Die CDU Tempelhof-Schöneberg setzt sich dafür ein:

- Der Drogenkonsum wird durch verstärkte Prävention und Aufklärung an den Schulen, Jugendfreizeitheimen und Ausbildungsstätten nachhaltig bekämpft und gesellschaftlich geächtet. Hierzu werden neben der Aufklärung über die Gefahren von HIV (AIDS) auch die Problematik des Gebrauchs von Drogen und Rauschmitteln zu einem Schwerpunktthema in der gesamtbezirklichen Gesundheits- und Präventionspolitik gemacht. Mit der CDU wird es keine Legalisierung von Cannabis geben, denn Cannabis ist oftmals eine Einstiegsdroge für Jugendliche. Auch gesellschaftlich akzeptierte Drogen wie Alkohol und Nikotin dürfen nicht verharmlost werden. Hier müssen Information und Beratung verstärkt werden. Die CDU ist der Auffassung, dass auch künftig keine „Druckräume“ in unserem Bezirk eingerichtet werden dürfen. Wir wollen stattdessen, dass die Zusammenarbeit mit dem Drogennotdienst in der Ansbacher Straße 11 und der Drogenhilfe „Tannenhof Berlin-Brandenburg e.V.“ verstärkt wird.
- An allen Schulen im Bezirk sollen regelmäßig „Präventionstage“ durchgeführt werden, in deren Planung und Durchführung auch die Eltern fest einzubinden sind.

1. Öffentlicher Gesundheitsdienst

Der SPD/PDS-Senat zieht sich derzeit Schritt für Schritt aus der staatlichen Gesundheitsversorgung im Rahmen des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) zurück. Diese erschreckende Tendenz wird durch das rot-rote Gesundheitsdienstreformgesetz (GDG) belegt. Bei

diesem Gesetz handelt es sich um ein reines Sparprogramm, das zu Lasten der Berliner Bevölkerung geht. Anstatt für mehr Qualität, Wirksamkeit und für einheitliche Strukturen bei den bezirklichen Gesundheitsämtern zu sorgen, werden schon im laufenden Jahr 8,4 Mio. EUR in diesem Sektor eingespart. Dies hat zur Folge, dass bis zum Jahr 2010 ein Fünftel der Personalstellen in allen Berliner Gesundheitsämtern wegfallen wird. Allein im Gesundheitsamt Tempelhof-Schöneberg werden bis 2010 etwa 41 Vollzeitstellen verloren gehen. Das ist nach Neukölln der zweithöchste Stellenverlust. Dabei ist unbestritten, dass schon heute ein deutlicher Mangel an Fachärzten und medizinischem Fachpersonal in der Verwaltung herrscht. Der von SPD und PDS zu verantwortende Kahlschlag im Berliner Gesundheitswesen ist unter gesundheits- wie sozialpolitischen Aspekten unverantwortlich.

Dafür setzt sich die CDU Tempelhof-Schöneberg ein:

- Für den öffentlichen Gesundheitsdienst müssen verlässliche finanzielle und personelle Rahmenbedingungen sowie einheitliche Strukturen für alle Gesundheitsämter festgeschrieben werden.
- Es muss möglich sein, Nachwuchskräfte im medizinischen Bereich bedarfsgerecht einzustellen.
- Der öffentliche Gesundheitsdienst soll sich in seiner Arbeit wieder älteren Menschen, Kindern und sozial Benachteiligten widmen können.
- Die Untersuchungen für Kinder und Ju-

gendliche (U1 bis U10) müssen zur gesetzlichen Pflicht werden. Dies dient der gesundheitlichen Vorsorge, und zugleich sind sie ein wirksames Mittel, um Vernachlässigung und Verwahrlosung von Kindern festzustellen. Es besteht dann die Möglichkeit, rechtzeitig Gegenmaßnahmen einzuleiten.

2. Soziales

Der gesellschaftliche Wandel stellt eine besondere Herausforderung für die gesamte Sozialpolitik dar, die in unserem Bezirk anerkannt und erfolgreich von einem Stadtrat der CDU wahrgenommen wird. Bezirkliche Sozialpolitik trägt dazu bei, notwendige Reformen vor Ort auch durchzusetzen und die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu erhalten.

Durch die „Hartz IV-Reformen“ sind viele bisher durch das Sozialamt betreute Bürger vom Jobcenter übernommen worden. Das Sozialamt Tempelhof-Schöneberg konnte in den letzten Jahren rund 1.500 Sozialhilfeempfänger in den „Ersten Arbeitsmarkt“ vermitteln, woran das Jobcenter nicht anknüpfen konnte. Somit hat sich die vom Senat beschlossene Verlagerung für die Betroffenen als sehr nachteilig erwiesen. Auch künftig bleibt es eine der dringendsten Aufgaben des Sozialamtes, Bürgern zu helfen, die in Not geraten sind und nicht durch die Arbeitsagenturen betreut werden.

Tempelhof-Schöneberg zeichnet sich durch eine vorbildliche Angebotsstruktur für ältere Menschen aus. Selbst in Zeiten knapper Kassen konnte vieles – auch gegen den Widerstand anderer Parteien – für die Senioren im Bezirk getan werden.

Die CDU sieht für die Zukunft folgende Handlungsaufgaben:

- Die Wohnungslosentagesstätte in der Hohenstaufenstraße muss erhalten und auskömmlich finanziert werden. Sie ist eine wichtige Anlaufstelle für wohnungslose Menschen, bietet regelmäßige Mahlzeiten, Beratung, eine ärztliche Versorgung und ist im Kiez unverzichtbar.
- Die in allen Bezirksteilen inzwischen eingerichteten Internet-Cafés sowie die Internetkurse für Senioren erfreuen sich großer Beliebtheit und müssen erhalten und stetig weiterentwickelt werden.
- Die sehr begehrten Fitness- und aktiven Freizeitangebote in den Seniorenbegegnungsstätten müssen gesichert werden. Die CDU in Tempelhof-Schöneberg wird sich dafür einsetzen, dass auch in Zukunft bewährte und neue Formen der Arbeit mit Menschen im dritten Lebensabschnitt finanziell abgesichert werden.
- Gesellige Veranstaltungen, Fahrten zum Kennenlernen unserer schönen Heimat und Volkshochschulangebote im Bildungsbereich zu erschwinglichen Preisen müssen auch zukünftig möglich sein. Gerade hier bietet der Bezirk mit seiner Volkshochschule viele Möglichkeiten, die bewusst das Interesse der älteren Generation fördern.
- Wir richten ein besonderes Augenmerk auf das ehrenamtliche Engagement. Die Bedeutung des Ehrenamtes zeigt sich in der Arbeit der Sozialkommissionen. Hier wird die gute, jahrzehntelange partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden, den Freien Trä-

gern und der bezirklichen Seniorenarbeit deutlich.

- Die Jobcenter sollen auf die Bezirke übertragen werden.

3. Gleiche Chancen für Menschen mit Behinderungen

Wir wollen, dass die rund 36.000 Menschen mit Behinderungen in Tempelhof-Schöneberg die gleichen Chancen zur Verwirklichung der eigenen Lebensentwürfe haben wie Nichtbehinderte. Unerlässliche Voraussetzung hierfür ist zunächst die Sicherstellung der individuellen Mobilität. Besondere Forderungen sind dabei an den Ausbau des Nahverkehrs (BVG) und an die uneingeschränkte Zugangsmöglichkeit zu öffentlichen Einrichtungen jeder Art zu stellen. Die CDU spricht sich darüber hinaus für den Erhalt des Sonderfahrdienstes (Telebus) aus.

Die Bedingungen für eine behindertengerechte Umwelt müssen darüber hinaus so gestaltet werden, dass jeder Behinderte die Möglichkeit hat, die eigenen Berufsvorstellungen und Lebensentwürfe gleichberechtigt zu Nichtbehinderten zu verwirklichen. Ziel unserer Politik muss es daher sein, Behinderte in unsere Gesellschaft uneingeschränkt zu integrieren und am gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt teilhaben zu lassen.

4. Sport

Die Sportvereine und ihre Verbände sind die größte Bürgerinitiative in unserem Bezirk und haben einen hohen gesellschafts-

politischen Stellenwert. Sport ist nicht nur Mittel zur Selbstverwirklichung des einzelnen, sondern aktive Gesundheitsvorsorge. Er fördert die sozialen Kontakte untereinander und leistet einen wichtigen Beitrag bei der Integration von jugendlichen Migranten. Deshalb dürfen die Rahmenbedingungen für Sport im Konflikt mit Umweltschutz nicht weiter verschlechtert werden.

Die CDU strebt folgende Ziele an:

- Die Trabrennbahn Mariendorf sollte trotz ungünstiger Rahmenbedingungen für den Rennbetrieb erhalten bleiben und soll sich auf mittlere Sicht zu einem Erlebnisort für Sport, Freizeit und Kultur entwickeln.
- Die bestehenden Sporthallen und Sportflächen sind zügig zu sanieren, damit eine uneingeschränkte Nutzung dauerhaft garantiert ist.

- Wir fordern den zügigen Neubau eines Sportplatzes am Matthäifriedhofsweg als Ersatz für den Standort der Radrennbahn am Sachsendamms.
- Wir setzen uns ein für die uneingeschränkte Nutzbarkeit der Frei- und Hallenbäder des Bezirks für alle Bürgerinnen und Bürger.
- Wir befürworten die Übertragung der Schlüsselverantwortung auf förderungswürdige Sportorganisationen. Dabei dürfen den Vereinen keine zusätzlichen Kosten und unverhältnismäßig großer Aufwand entstehen.
- Die Sport- und Hallenflächen sind gerecht und ausgewogen an die im Bezirk ansässigen Vereine zu vergeben.
- Die CDU wird auch künftig im Falle von Konflikten mit den Anwohnern für einen fairen Ausgleich zwischen allen Beteiligten werben.



Nach vielen Jahren endlich fertig – der Bahnhof Südkreuz an der Papestraße

V. Bürgerfreundliches Tempelhof-Schöneberg

1. Bürgernähe und Ehrenamt

Bürgerfreundliches Handeln auf kommunaler Ebene heißt für uns zum einen, in der Bezirksverordnetenversammlung Initiativen zu beschließen, die den im Bezirk lebenden Menschen direkt zugute kommen, d.h. einen Zuwachs an Lebensqualität bringen. Zum anderen muss Verwaltung so organisiert werden, dass kurze Wege, kurze Wartezeiten sowie fachkundige Beratung und Bearbeitung bei Verwaltungsvorgängen der Maßstab für Verwaltungshandeln sind. Deshalb ist es aus unserer Sicht dringend erforderlich, ein Höchstmaß an Aufgaben und Entscheidungskompetenzen auf die Bezirksebene zu verlagern, da nur dort eine ausreichende Kenntnis über die örtlichen Besonderheiten der Stadt besteht.

Die CDU tritt dafür ein:

- Es soll eine Anlaufstelle für Unternehmen geschaffen werden, die sich im Bezirk ansiedeln und Arbeitsplätze schaffen wollen. Investoren brauchen feste Ansprechpartner, die mit den Problemen vertraut sind und schnell und unbürokratisch Hilfe leisten können. Dieses Projekt wurde bislang im Bezirk von Rot-Grün abgelehnt und soll zukünftig von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Wirtschaftsverwaltung und des Planungsamtes durchgeführt werden.
- Die Leistungen der Bürgerbüros sollen verbessert werden. Das noch von der CDU eingeführte Bürgerbüro in Lichtenrade wurde inzwischen eröffnet. Weitere feste Einrichtungen werden durch den

Senat nicht mehr finanziert. Mit der Einrichtung mobiler Bürgerbüros und Samstagöffnungszeiten soll mehr Service für die Kunden entstehen. Gleichzeitig müssen auch die Aufenthaltsqualität gesteigert und die Wartezeiten in den Bürgerbüros im Rathaus Tempelhof und Rathaus Schöneberg verkürzt werden.

- Die Privatisierung staatlicher Aufgaben ist im Bezirk durchzuführen und fortzuschreiben, soweit dies ökonomisch sinnvoll ist. Der verlustreiche Betrieb von öffentlichen Wochenmärkten ist hierfür ein gutes Beispiel.
- Den Ausbau einer modernen und effizienten Informationstechnik muss vorangetrieben werden. In den nächsten fünf Jahren muss es gelingen, dass immer mehr Behördengänge per Internet ausgeführt werden können. Voraussetzung sind unkomplizierte und verständliche Formulare, die wenig Beratungsaufwand erzeugen. Das spart Zeit und Geld beim Bürger und in der Verwaltung.
- Wir räumen dem Ehrenamt einen besonderen Stellenwert ein. Es ist die Schnittstelle zwischen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, den staatlichen Institutionen und den politischen Parteien. Dazu gehören:
 - die Hervorhebung der Bedeutung des Ehrenamtes im öffentlichen Leben
 - gezielte Anreize für Inhaber von Ehrenämtern wie z.B. Vergünstigungen in öffentlichen Einrichtungen
 - die Ausgabe eines bezirklichen „Ehrenamtsausweises“, wie er derzeit bei den

Mitgliedern der Sozialkommissionen üblich ist.

- Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden der Bezirksverordnetenversammlung soll in den Einrichtungen des Bezirks als zentrale Anlaufstelle der Bürgerinnen und Bürger für Anregungen und Beschwerden bekannt gemacht werden.

2. Verwaltungsreform

Vor rund 10 Jahren begann die Berliner Verwaltungsreform. Ihre Ziele waren:

- Verlagerung von Entscheidungen vor Ort, um mehr Bürgernähe und Transparenz zu erreichen
- Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung, damit eine bessere Steuerung des Verwaltungshandelns erfolgen kann
- ein neues Personalmanagement, um kompetente und leistungsmotivierte Mitarbeiter zu bekommen
- Verringerung von Vorschriften und Doppelzuständigkeiten, um Verwaltungshandeln zu beschleunigen und kostengünstiger zu gestalten
- Aufgabenkritik, um staatliches Handeln auf Kernbereiche zu reduzieren.

Diese Ziele sind bis heute fast gar nicht erreicht und bei der Frage der Zuständigkeiten zwischen Bezirk und Senat sogar in das Gegenteil verkehrt worden.

Die CDU fordert deshalb:

- Es müssen klare Zuständigkeiten zwischen Haupt- und Bezirksverwaltungen mit dem Ziel festgelegt werden, den Hauptteil der Entscheidungen in die Bezirke zu verlagern. Lediglich Entschei-

dungen, die von gesamtstädtischer Bedeutung sind, gehören auf die Senatsebene. Es soll grundsätzlich nur noch eine Entscheidungsebene – entweder Bezirks- oder Senatsverwaltung – geben.

- Die unzähligen Gutachtenangemahnte Aufgabenkritik für Verwaltungshandeln muss endlich umfassend in die Praxis umgesetzt werden.
- Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Personalüberhang müssen umfangreiche Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen angeboten werden, damit sie für neue Aufgaben einsetzbar sind.

3. Finanzen

Die politischen Spielräume sowohl im Land Berlin als auch in unserem Bezirk sind entscheidend von den öffentlichen Finanzen abhängig. Trotz aller Sparbemühungen der letzten Jahre sind die Schulden Berlins nicht geringer geworden, sondern weiter angestiegen. Der finanzielle Rahmen für unseren Bezirk ist durch die katastrophale Finanzlage Berlins gekennzeichnet.

Die Verfassung des Landes Berlin bestimmt, dass der Senat den Bezirken Geld zur Finanzierung aller festgelegten Aufgaben zur Verfügung zu stellen hat, z.B. Einzelleistungen an die Bürger und Neuinvestitionen in den Kiezen. Der Verfassungsanspruch spiegelt sich nicht in der Realität wider, was letztlich am beklagenswerten Zustand unserer Schulen und Kindertagesstätten, Straßen, Parkanlagen und Sporteinrichtungen zu erkennen ist. Erklärte Politik des Senates ist die zuneh-

mende Konzentration von Personal- und Sachmitteln in den bürgerfernen Senatsverwaltungen. Die derzeitige Senatspolitik läuft auf die faktische Auflösung der Bezirke hinaus und macht unter dem Vorwand der Sparpolitik die Dezentralisierung der goer Jahre rückgängig. Sie löst aber nicht das Problem einer völlig ineffizienten und überbürokratisierten Berliner Verwaltung. Die seit fast einem Jahrzehnt gestellte Frage: Welche öffentlichen Aufgaben soll der Staat überhaupt wahrnehmen?, ist bis heute nicht beantwortet, so dass Einsparungen von Personal- und Sachmitteln in der Vergangenheit überwiegend plan- und ziellos erfolgten.

Eine Finanzpolitik, welche die öffentliche Hand nicht in die Lage versetzt, die Infrastruktur instand zu halten oder die gesetzlichen Pflichtaufgaben wahrzunehmen, ist nicht akzeptabel. Dies wiegt um so schwerer, da der Senat nicht in der Lage ist, die Berliner Verwaltung so zu organisieren, dass Doppel- und Dreifachzuständigkeiten bei der Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen entfallen.

Die CDU fordert deshalb:

- Alle Lebensbereiche in Berlin sind zu entbürokratisieren. Die Reduzierung der staatlichen Aufgaben muss mit der konsequenten Abschaffung von Verwaltungsvorschriften einhergehen.
- Ausreichende Mittel sind durch den Senat für den Erhalt unserer öffentlichen Gebäude, insbesondere der Schulen, Straßen und Grünanlagen zuzuweisen. Die Zweckbindung dieser Mittel in den Bezirken ist festzulegen, damit das Geld nicht für andere Zwecke verwendet wer-

den kann.

- Ausreichende Personal- und Sachmittel werden benötigt, damit auch künftig wichtige staatliche Aufgaben, wie schulärztliche Untersuchungen, Lebensmittelaufsicht, Ordnungsämter und Biblio-



Das muss aufhören – die Infrastruktur des Bezirks muss erhalten werden

theken erfüllt werden können und nicht nur auf dem Papier stehen.

Bei Gebühren und Abgaben ist Berlin bereits heute in der Spitzengruppe der deutschen Städte. Weitere Belastungen der Bürger mindern die ohnehin schwache Wirtschaftskraft Berlins zusätzlich.

Die CDU macht sich dafür stark:

- Um die Bürger vor einer Kostenbeteiligung nach dem Straßenausbaubeitragsgesetz zu schützen, sind alle Möglichkeiten auf bezirklicher Ebene zu nutzen. Durch das mit rot-roter Mehrheit beschlossene Gesetz können den Anwohnern bis zu 65% der Kosten auferlegt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Abgeordnetenhaus dieses ungerechte Gesetz, das außerdem einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand notwendig macht, wieder abschafft.

Auch bei der Verteilung der Finanzmittel im Bezirk wird die CDU neue Schwerpunkte setzen. Wir werden

- die wenigen frei verfügbaren Bezirksmitteln auf die Bereiche Bildung, Instandhaltung der öffentlichen Anlagen und effektive Service- und Kontrolldienste (Gesundheitsdienste, Ordnungsamt usw.) konzentrieren
- strukturelle Einsparungen im Bezirkshaushalt vornehmen.

Nur so lassen sich die in diesem Programm niedergelegten Projekte finanzieren. So könnten z.B. jedes Jahr erhebliche Summen eingespart werden, wenn der Drugstore in der Pallasstraße nicht mehr vom Bezirk Tempelhof-Schöneberg wei-

terfinanziert würde. Dieses Jugendprojekt im Schöneberger Norden hat Nutzer aus ganz Berlin und kommt nicht dem dortigen Kiez zugute.

- alle bezirklichen Leistungen, soweit sie nicht auf einer gesetzlichen Verpflichtung beruhen, auf ihre Effektivität und weitere Notwendigkeit überprüfen.

4. Ordnungsamt

Die von der CDU schon seit langem geforderte und zu Beginn 2005 endlich erfolgte Einrichtung von Ordnungsämtern in den Bezirken blieb leider deutlich hinter unseren Erwartungen und Ansprüchen zurück. Zum einen hat sich die CDU nicht damit durchsetzen können, die „Kiezpolizei“ (Außendienst) mit einer vernünftigen Ausstattung und weiter reichenden Befugnissen zu versehen, andererseits war die Umsetzung in Tempelhof-Schöneberg ein Desaster: Die Kiezpolizei ist selbst nach einem Jahr noch immer nicht voll besetzt und von mehr Sauberkeit, Ordnung und weniger Vandalismus ist wenig im Bezirk zu spüren.

Die CDU fordert deshalb:

- Die „Kiebstreifen“ im Bezirk müssen mehr Präsenz zeigen und konsequenter gegen uneinsichtige Mitbürger vorgehen. Dies geschieht zum Wohle aller und sorgt für mehr Sauberkeit und für Schutz öffentlichen und privaten Eigentums vor Vandalismus.
- Das Personal der Ordnungsämter muss deutlich aufgestockt werden, damit es seinen Aufgabenstellungen auch gerecht werden kann.

CDU Bürgerbüro Tempelhof-Schöneberg
Tempelhofer Damm 158/160
D - 12099 Berlin

Telefon: 030 - 751 33 88
Telefax: 030 - 752 22 78

E-Mail: service@cdu-tempelhof-schoeneberg.de
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

Tempelhof-Schöneberg kann mehr.



Tempelhof